

100 Vorschläge für mehr Wachstum in Deutschland

Wirtschaftspolitische Positionen 2005 der IHK-Organisation

(...) Betriebliche Ausbildung stärken und Verstaatlichung stoppen

Vorschlag 57: Tariflich nicht gebundenen Betrieben mehr Spielräume für eine stärkere Differenzierung von Ausbildungsvergütungen geben

Vorschlag 58: Vollzeitschulische Ausbildung nur als Ergänzung des dualen Systems anbieten

Vorschlag 59: Gesetzgebungskompetenz für die betriebliche Ausbildung beim Bund belassen

Vorschlag 60: Ausbildung mehr als bisher im Modulsystem gestalten

Vorschlag 61: Weitere Berufe für praktisch Begabte (z. B. den Fenster- und Türenmonteur) schaffen

(...) Funktionsmängel am Arbeitsmarkt beseitigen, Beschäftigung sichern und ausbauen

Vorschlag 82: Arbeitszeiten kosten senkend verlängern und Wochenarbeitszeiten flexibilisieren

Vorschlag 83: Karenztage bei der Entgeltfortzahlung einführen

Vorschlag 84: Kündigungsschutzgesetz nur für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und erst nach drei Jahren Betriebszugehörigkeit anwenden

Vorschlag 85: In den Betrieben einvernehmlich vereinbarte Abweichungen vom Tarifvertrag rechtlich absichern

Vorschlag 86: Mit maßvollen und stärker differenzierten Abschlüssen die Beschäftigungschancen gering Qualifizierter vergrößern

(...) Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärken

Vorschlag 96: Kinder-Betreuungsquote vor allem in Westdeutschland erhöhen

Vorschlag 97: Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen stärker an den Arbeitszeiten der Eltern orientieren

Vorschlag 98: Elternzeit verkürzen und einen finanziellen Ausgleich als Prozentsatz des letzten Nettoeinkommens zahlen

Vorschlag 99: Vollständige Abzugsfähigkeit von erwerbsbedingten Betreuungskosten für Kinder gewähren

Vorschlag 100: Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ voran bringen

(...)

Mehr Beschäftigung und Demografiefeste Sozialreformen

- Handlungsfeld Arbeit und Soziales -

Wie es ist

Arbeitsmarkt: Standortnachteil und Wachstumsbremse

Der Arbeitsmarkt in Deutschland weist elementare Funktionsmängel auf – und hemmt unsere Internationale Wettbewerbsfähigkeit

- Hohe Arbeitskosten verhindern mehr Beschäftigung: Deutschland hat unter den großen Industrienationen die höchsten Lohnstückkosten. In der Industrie fallen für jeden Beschäftigten pro 100 Euro Direktentgelt zusätzlich 77 Euro Personalzusatzkosten an. Die hohen Arbeitskosten sind international ein großer Wettbewerbs- und Standortnachteil sowie Gift für Wachstum und Beschäftigung hierzulande: Nachdem die Arbeitslosigkeit dem Trend nach schon seit über 30 Jahren angestiegen ist, hat Deutschland im Januar 2005 erstmals über 5 Millionen Arbeitslose zu verzeichnen. Die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland ist dabei mehr als doppelt so hoch wie im Westen. Und die Hälfte aller Arbeitslosen ist hierzulande schon länger als ein Jahr ohne Job.
- Gering Qualifizierte besonders betroffen: Mehr als jede fünfte Erwerbsperson ohne Berufsabschluss ist arbeitslos. In Ostdeutschland beträgt die Arbeitslosenrate gering Qualifizierter sogar knapp 50 Prozent. Eine gute Ausbildung mindert das individuelle Risiko der Erwerbslosigkeit hingegen spürbar: Weniger als fünf Prozent der Akademiker in Deutschland haben keinen Job.
- Arbeitslosigkeit Älterer belastet die Sozialkassen: Derzeit sind in Deutschland weniger als 40 Prozent der zwischen 55- und 64-jährigen erwerbstätig - als Folge von Fehlanreizen bei Frühverrentung und Vorruhestand. Dadurch sind vor allem die Kosten der Rentenversicherung explodiert. Den Unternehmen entgehen das Know-How und der Erfahrungsschatz älterer Erwerbspersonen. Der Bedarf an Fachkräften und die demografische Entwicklung, durch die das Erwerbspersonenzugangspotenzial ab 2015 stark schrumpfen wird, erzwingen eine Strategieumkehr.

Was zu tun ist

Funktionsmängel am Arbeitsmarkt beseitigen, Beschäftigung sichern und ausbauen

Um Arbeitslosigkeit substantiell und dauerhaft zu reduzieren, muss vorrangig an deren Ursachen angesetzt werden

Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Arbeitskosten senken - länger und flexibler arbeiten: Gerade in Westdeutschland müssen die Arbeitszeiten kostensenkend verlängert werden - bei gleichem Einkommen der Beschäftigten und flexibleren Wochenarbeitszeiten (Vorschlag 82). Die Kosten der sozialen Sicherung sollten weitestmöglich vom Arbeitseinkommen entkoppelt werden. Ziel muss sein, den Keil zwischen Brutto- und Nettolohn zu verringern. Auch bei der Entgeltfortzahlung ist mehr Eigenverantwortung des Arbeitnehmers - z. B. in Form von Karenztagen - zwingend (Vorschlag 83). Die Unternehmen werden so wettbewerbsfähiger und haben Spielraum für mehr Innovationen, Investitionen und Beschäftigung am Standort Deutschland.
- Arbeits- und Tarifrecht betriebsnäher gestalten: Das Arbeits- und Tarifrecht muss einfacher, transparenter und vor allem für kleinere Unternehmen leichter handhabbarer werden. Als Sofortmaßnahme sollte das Kündigungsschutzgesetz nur in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten und generell erst nach drei Jahren Betriebszugehörigkeit gelten (Vorschlag 84). Abweichungen vom



Tarifvertrag, die Beschäftigung sichern oder zusätzlich schaffen, sollten - sofern in den Betrieben einvernehmlich vereinbart - rechtlich abgesichert werden (Vorschlag 85).

- Niedriglohnsektor ausbauen statt Mindestlöhne einführen: Die Tarifparteien sollten mit maßvollen und stärker differenzierten Abschlüssen die Beschäftigungschancen gering Qualifizierter vergrößern (Vorschlag 86). Staatliche Mindestlöhne würden dagegen niedrig qualifizierte Arbeitslose dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgrenzen.
- Alg-II-Empfängern Gegenleistung abfordern, ohne den Wettbewerb zu verzerren: Künftig muss das Prinzip „Keine Leistung ohne Gegenleistung“ stärker als bisher betont werden. Die für die Bezieher des Arbeitslosengeldes II vorgesehenen Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung („Ein-Euro-Jobs“) bieten die Chance dazu. Eine Vermittlung in reguläre Beschäftigung muss jedoch immer oberste Priorität haben. Die IHKs sollten die Umsetzung der Arbeitsgelegenheiten begleiten, um Beeinträchtigungen für die Wirtschaft so weit wie möglich zu vermeiden. Die Arbeitsgelegenheiten sollte man rechtlich zu einem Einstieg in den Niedriglohnsektor weiterentwickeln, in dem marktgerechte Entgelte durch ergänzende Transfers auf Arbeitslosengeld II plus ggf. Mehraufwandsentschädigung aufgestockt werden. Wettbewerbsverzerrungen würden so verhindert, und die Chancen auf ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis nähmen zu.

Wie es ist

Soziale Sicherung – Weder gegenwarts- noch zukunfts fest

Steigende Beitragssätze zu den sozialen Sicherungssystemen belasten den Faktor Arbeit und vernichten Arbeitsplätze

- Demografie und sinkende Beschäftigung lassen Beitragssätze explodieren: Ohne Reformen drohen die Beiträge insgesamt bis zum Jahr 2050 auf knapp 80 Prozent des Bruttoarbeitsentgelts zu steigen. Im Jahr 2002 finanzierten 100 sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer statistisch 40 Rentner; im Jahr 2050 könnten es über 80 Rentner sein. Allein seit dem Jahr 2001 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 1,5 Mio. auf 26,5 Mio. im Jahr 2004 zurückgegangen.
- Beitragsautomatismus kostet Arbeitsplätze: Die Finanzierung der Sozialen Sicherung hängt am Arbeitsverhältnis. Es entsteht ein beschäftigungsfeindlicher Automatismus: Ein Verlust an Arbeitsplätzen erodiert die Finanzierungsbasis der Sozialen Sicherung und erzwingt dadurch - bei unverändertem Leistungsniveau - Beitragssteigerungen. Diese erhöhen die Arbeitskosten und reduzieren so die Beschäftigung am Standort Deutschland.
- Höhe und Anstieg der Sozialabgaben forcieren Schwarzarbeit: Der Umfang der Schattenwirtschaft beträgt inzwischen knapp 16 Prozent des BIP und ist damit etwa doppelt so groß wie in den USA. Es werden Sozialbeiträge in einer Höhe hinterzogen, die rechnerisch etwa 9 Mio. Vollzeit-schwarzarbeitern entspricht.
- Reformstau geht zu Lasten von Zukunftsinvestitionen: Jeder dritte Euro der Rentenkasse stammt aus dem Bundeshaushalt (73 Mrd. Euro). Im Jahr 1991 war es nur jeder fünfte Euro (26 Mrd. Euro).

Was zu tun ist

Soziale Sicherung modernisieren – Systemwechsel für Nachhaltigkeit durchsetzen

Der Reformdruck in den Sozialen Sicherungssystemen duldet keinen wahltaktischen Aufschub über mehrere Jahre. Statt kurzatmigem Aktionismus muss die Politik Mut zu tiefgreifenden Strukturveränderungen aufbringen.

Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Beitragsautomatismus stoppen: Mit der Einführung von einkommensunabhängigen Prämien in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung ist die Finanzierung dieser Systeme vom Arbeits-



einkommen abzukoppeln (Vorschlag 87). Der soziale Ausgleich für Bezieher niedriger Einkommen kann über das Steuersystem stattfinden, ohne dass die Gesamtbelastung aus Steuern und Abgaben steigt. Ziel muss sein, diesen Systemwechsel ohne isolierte Steuererhöhungen zu finanzieren: Der Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung ist als Teil des Bruttolohns auszuführen und zu versteuern.

- Wettbewerbselemente stärken: In der Kranken- und in der Pflegeversicherung ist der Vertragsfreiheit zwischen Leistungserbringern und Krankenkassen oberste Priorität einzuräumen (Vorschlag 88). Dieser Wettbewerb bringt Effizienzgewinne und erleichtert damit die Finanzierung des Systemwechsels hin zu einkommensunabhängigen Prämien.
- Altersrückstellungen in den Sozialversicherungssystemen aufbauen: Vor allem in der Pflegeversicherung ist auf ein kapitalgedecktes System umzusteigen (Vorschlag 89). Auch in der Krankenversicherung sind zur Vorbereitung auf den demografischen Wandel individuell zurechenbare portable Altersrückstellungen zu bilden (Vorschlag 90).
- Länger arbeiten - Frühverrentung stoppen: In der Rentenversicherung muss das gesetzliche Renteneintrittsalter mittelfristig auf 67 Jahre steigen (Vorschlag 91). Darüber hinaus müssen Anreize zur Frühverrentung auf Kosten der Solidargemeinschaft beseitigt werden. Hierzu sollten die Abschläge bei vorzeitigem Rentenbezug von 0,3 Prozent auf 0,5 Prozent erhöht werden (Vorschlag 92). Die Riester-Rente als Instrument zur privaten Altersvorsorge muss einfacher und damit attraktiver werden (Vorschlag 93).
- Gesetzliche Unfallversicherung modernisieren: Die Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung müssen sich noch stärker als bislang auf betriebsbedingte Risiken konzentrieren. Als Einstieg in eine Privatisierung von Leistungen und eine zukunftsichere Finanzierung der Unfallversicherung über Kapitaldeckung sollten sich Arbeitnehmer gegen Wegeunfälle künftig privat versichern (Vorschlag 94). Eine lebenslange Unfallrente sollte es künftig erst ab einer Erwerbsminderungsquote von 30 Prozent geben (Vorschlag 95).

Wie es ist

Ohne Kinder kein Wohlstand

Fehlende Chancen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie führen zu einem Verlust von Humanvermögen und zu einer niedrigen Geburtenrate

- Kinderlosigkeit bedroht das Wachstumspotenzial Deutschlands: Weniger Kinder bedeutet weniger Erwerbspersonen und damit auch ein geringeres wirtschaftliches Wachstumspotenzial. Bei einer jährlich gleich bleibenden Nettozuwanderung von 200.000 Menschen geht das Erwerbspersonenzentrum bis zum Jahr 2050 demografiebedingt von derzeit knapp 43 Mio. auf 30 Mio. zurück.
- Die Gesellschaft altert von zwei Seiten: Einerseits fehlen die Geburten und andererseits werden die Menschen immer älter. Besonders gravierend ist die Kinderlosigkeit bei Hochqualifizierten. So entscheiden sich etwa 40 Prozent aller Akademikerinnen wie auch der Akademiker nicht für eigene Kinder.
- Das Humanvermögen vieler gut qualifizierter Mütter bleibt häufig ungenutzt: Rund 70 Prozent aller Frauen mit Kindern bis zu 12 Jahren wünschen sich einen Einstieg bzw. Wiedereinstieg ins Berufsleben. Wenn diese Mütter mit Erwerbswunsch in einer Beschäftigung stünden, ergäben sich rechnerisch steuerliche Mehreinnahmen von bis zu 6 Mrd. Euro jährlich. Kommunen würden von Sozialhilfeausgaben von bis zu 1,5 Mrd. Euro entlastet.
- Familienorientierte Personalpolitik erschließt Einsparpotenziale: Familienfreundlichkeit senkt Personalbeschaffungs- und Wiedereingliederungskosten, reduziert Fehlzeiten und erhöht die Mitarbeitermotivation sowie die Arbeitseffizienz. Laut einer aktuellen Studie der Prognos AG sind Einsparpotenziale von bis zu 80.000 Euro pro Unternehmen und Jahr realisierbar.



Was zu tun ist

Vereinbarkeit von Beruf und Familie Stärken

Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf tragen wesentlich zur Zukunftssicherung Deutschlands bei. Wenn beide Elternteile ihren Erwerbswünschen nachgehen können, wird jungen Menschen die Entscheidung für Kinder erleichtert. Statt „Kind oder Karriere“ muss „Kind und Karriere“ möglich werden.

Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Deutschland zu einem kinderfreundlichen Land machen: Die Betreuungsquote der unter dreijährigen, aber auch der über sechsjährigen Kinder muss vor allem in Westdeutschland erhöht und die Qualität insgesamt verbessert werden (Vorschlag 96). Die Betreuungseinrichtungen müssen verstärkt Wert auf frühkindliche Förderung legen, denn Bildung ist die beste Prävention vor Arbeitslosigkeit. Die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen müssen sich stärker an den Arbeitszeiten der Eltern orientieren (Vorschlag 97). Ausbau und Sicherung einer angemessenen Infrastruktur von guten Krippen und Kindergärten ist eine zentrale kommunale Aufgabe - unterstützt auch durch das freiwillige Engagement von anderen Trägern wie z. B. Kirchen und Betrieben.
- Zeitgemäße Erwerbsbiografien fördern: Die Kinderbetreuung muss sich dem veränderten Erwerbsverhalten von Eltern anpassen. Ist eine nachfrageorientierte Kinderbetreuung aufgebaut, sollte die Elternzeit auf ein Jahr verkürzt werden. Um die Attraktivität dieser kürzeren Elternzeit zu erhöhen, sollte zugleich über das Steuer- und Transfersystem ein finanzieller Ausgleich als Prozentsatz des letzten Nettoeinkommens gezahlt werden (Vorschlag 98). Dieses Elterngeld muss durch Umschichtung innerhalb der familienpolitischen Ausgaben finanziert werden.
- Kinderfreundlichkeit im Steuersystem berücksichtigen: Erwerbsbedingte Betreuungskosten für Kinder sollten in vollem Maße steuerlich als Werbungskosten absetzbar sein (Vorschlag 99). Dies ist eine Investition in die Steuerzahler von morgen und dadurch Ausdruck einer nachhaltigen Finanzpolitik.
- Regionale Akteure vernetzen - Kinderfreundlichkeit erleichtern: Auf regionaler Ebene sollten sich Kooperationspartner wie z.B. Städte, Kirchen, Kommunen, Jugendämter, Unternehmen, Verbände und Kammern zu lokalen Netzwerken zusammenschließen, um gemeinsam für eine familienorientierte Region zu arbeiten. Die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ ist daher voranzubringen (Vorschlag 100). Gut die Hälfte aller IHKs engagiert sich bereits in solchen Netzwerken.
- Rechtliche Hürden bei der Kinderbetreuung beseitigen: Die Kinderbetreuung wird durch Landesgesetze reglementiert. Oftmals verhindert eine restriktive Gesetzgebung notwendige Verbesserungen zur Balance von Familie und Beruf. Die Gesetze müssen dahingehend verändert werden, den Anforderungen des flexibler werdenden Arbeitsmarktes zu entsprechen.

Nach: DIHK Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Wirtschaftspolitische Positionen 2005 der IHK-Organisation

Der vollständige Text kann von der folgenden Internetseite abgerufen werden:

http://www.dihk.de/inhalt/download/WiPol_Positionen_05.pdf

Bitte berücksichtigen Sie, dass ältere Links evtl. keine Verbindung mehr zu den angegebenen Seiten herstellen.

